

## Sozialministerium lässt Pflegeeltern im Regen stehen

Kiel: Mit Sorge betrachten der Schleswig-Holsteinische Landkreistag und der Städteverband Schleswig-Holstein eine Entscheidung des Sozialministeriums, die Vergütung für Pflegeeltern im Jahr 2024 nicht – wie sonst üblich – an die Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge anzupassen.

Der „Deutsche Verein“ ist eine gemeinsame Interessenorganisation der öffentlichen Träger von Sozialleistungen und der Wohlfahrtsorganisationen. Jährlich gibt er Empfehlungen für die Festsetzung der Pauschalbeträge für Pflegeeltern heraus, die dort fachlich erarbeitet worden sind. *„Bisher sind diese Empfehlungen und die jährlichen Anpassungen durch das Land, das für die verbindliche Festsetzung zuständig ist, stets eins zu eins übernommen worden“*, berichten **PD Dr. Sönke E. Schulz** und **Marc Ziertmann**, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages und des Städteverbandes Schleswig-Holstein. Auch für 2024 war das zunächst vorgesehen; die Anpassung ist durch das Sozialministerium aber nun überraschend wieder aufgehoben worden.

Hintergrund sei womöglich, dass der Deutsche Verein für 2024 in den Empfehlungen erstmals eine zusätzliche Komponente für die Reduzierung der Berufstätigkeit von Pflegeeltern vorgesehen habe, die das Land nach Berechnungen der beiden kommunalen Verbände mehr als 5 Mio. Euro kosten würde.

*„Die Rücknahme der Anpassung erfolgt ohne Begründung und ist in der Sache nicht zu akzeptieren“*, sagen die beiden Geschäftsführer. *„Für die Jugendämter in Schleswig-Holstein wird es immer schwerer, geeignete Pflegeeltern zu finden“*. Wenn nun die Pflegeeltern in Schleswig-Holstein künftig auch noch eine niedrigere Vergütung erhalten, als diejenigen in anderen Bundesländern sei mit einer zusätzlichen erheblichen Verschlechterung der Situation zu rechnen. *„Wir fürchten, dass Pflegefamilien dann eher Kinder aus anderen Bundesländern aufnehmen, in denen die Jugendämter die höheren Pauschalbeträge zahlen dürfen“*, so **Schulz** und **Ziertmann**. Landkreistag und Städteverband betonen, dass sie an der Seite der Pflegeeltern stehen. *„Unsere Jugendämter wissen, was sie an den engagierten Pflegefamilien haben; wir sind ihnen für ihre engagierte Arbeit sehr dankbar und appellieren dringend an die Landesregierung, ihre Sparentscheidung zu überdenken“*, so beide Geschäftsführer abschließend.